

Recht auf Nahrung Entwicklungspolitisches Glossar

Recht auf Nahrung

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschliesslich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen...“, heisst es Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Ernährungssouveränität

Das Recht aller Völker, ihre Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik selber zu definieren; die einheimische landwirtschaftliche Produktion und den Handel zu schützen und zu regulieren, und ihr Mass an Selbstversorgung zu bestimmen.

Ernährungssicherheit - Ernährungssouveränität

Die Unterzeichnerstaaten der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind verpflichtet, das *Recht auf Nahrung* zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Sie können dafür kostenlose oder verbilligte Nahrungsmitteln verteilen oder Entwicklungsprogramme finanzieren.

Das Konzept der Ernährungssouveränität geht weiter. Es setzt mehr auf die Stärke und die Stärkung der einzelnen Person oder Gruppe und fordert Selbstbestimmung der Landlosen, der Indigenen (Stammesvölker, Ursprungsbevölkerungen), der Fischer und der Kleinbäuerinnen.

Beide Konzepte betonen, wie wichtig der Zugang zu Land, Wasser und anderen Ressourcen ist.

Ernährungssouveränität und Weltwirtschaft

Die totale Liberalisierung des Agrarmarktes unterminiert die Ernährungssouveränität. Gefordert ist eine sozialverträgliche Handelspolitik, die den Schutz der kleinen Betriebe vor dem Agrobusiness und vor Dumpingimporten garantiert. Die Produktion der Kleinbauern sollte vorrangig für den lokalen und regionalen Markt bestimmt sein.

Exportierter Hunger

Hochsubventionierte Agrarstoffe aus den EU und den USA konkurrenzieren die kleinen, lokalen Produzenten des Südens. Mais und Billigweizen aus industrieller Produktion drängen die lokalen Nahrungsmittel und damit auch die Kleinbauern vom Markt. Die Folge: Die Hälfte der 850 Millionen Hungernden sind Kleinbäuerinnen und -bauern.

Fairer Handel und Ernährungssouveränität

Der Faire Handel mit ökologisch nachhaltigen Produkten ist eine wichtige Absatzquelle für die Kleinbauern. Interessant sind dabei alternative Vermarktungskonzepte in den Südländern selber. Lokale Märkte und kurze Transportwege erhöhen die Wertschöpfung. Naturnahe Produktionsmethoden und angepasstes Saatgut stützen die Selbstversorgung und fördern die Gesundheit von Produzenten und Konsumenten.

Recht auf Nahrung in der Stadt

Auch in der Stadt haben Menschen kleine Gärten oder Nutzpflanzen in Kübeln. Doch das reicht selten. Um das Recht auf Nahrung in der Stadt zu stärken, braucht es die Sicherung der Arbeitsrechte und starke Sozialsysteme. Die Versuchung, die Stadtbevölkerung mit Nahrungshilfe und Billigstimporten ruhig zu stellen, ist für viele Regierungen gross, doch eine solche Politik schadet der lokalen Landwirtschaft: Um den Widersprüche zwischen günstiger Versorgung der Stadtbevölkerung und der Existenzsicherung der Kleinbauern zu lösen, braucht es kleinräumige, faire Handelssysteme ohne exorbitante Händlermargen.

Recht auf Nahrung auf dem Land

Basis ist der Zugang zu fruchtbarem Land, Wasser, Wald oder Küstenregionen. Das Land der Kleinbauern gehört den Kleinbauern, nicht den Agenten des Agrobusiness. Der Wald, die Existenzgrundlage indigener Völker, wird dem Zugriff von Holzkonzernen entzogen. Die küstennahen Gewässer sind Fanggebiet für die kleinen Fischer. Die Politik ist gefordert. Agrarreformen, der Schutz von Wäldern und die Definition von Nutzungszonen sind Massnahmen, welche das Recht auf Nahrung garantieren.